
ÜBER DIE DIPLOMATIE TROTZKIS UND ÜBER EINE PLATTFORM VON PARTEITREUEN SOZIALDEMOKRATEN

Der Prozeß des Absterbens der Auslandsgrüppchen, die versucht hatten, ihre Existenz auf dem diplomatischen Spiel mit den nichtsozialdemokratischen Strömungen des Liquidatorentums und des Otsowismus aufzubauen, wird anschaulich illustriert durch die kürzlich, nach langer Unterbrechung, erschienene Zeitung Trotzki's, die „Prawda“ Nr. 22.

Die Zeitung ist am 29. November erschienen – fast einen Monat nach dem Erscheinen der Mitteilung der Russischen Organisationskommission. *Trotzki erwähnt sie mit keinem Wort!*

Für Trotzki existiert die Russische Organisationskommission nicht. Trotzki nennt sich parteitreuer Sozialdemokrat, denn für ihn ist das von der überwältigenden Mehrheit der russischen sozialdemokratischen Organisationen geschaffene Parteizentrum eine Null! Oder, Genossen, ist vielleicht umgekehrt Trotzki mit seinem Auslandsgrüppchen eine Null für die russischen sozialdemokratischen Organisationen?

In fettester Schrift druckt Trotzki seine Versicherung – wird er des Schwörens nicht müde? –; seine Zeitung sei „keine Fraktions-, sondern eine Parteizeitung“. Man betrachte den Inhalt von Nr. 22 ein klein wenig aufmerksamer und man wird sofort die plumpe Mechanik des Spiels mit den die Partei *negierenden* Fraktionen der „Wperjod“-Leute und der Liquidatoren sehen.

Da gibt es eine Korrespondenz aus Petersburg, gezeichnet S. W., die für die Gruppe „Wperjod“ Reklame macht. S. W. macht Trotzki Vorwürfe, weil er eine ihm schon vor langer Zeit übersandte Resolution der Petersburger gegen die Petitionskampagne nicht veröffentlicht habe. Trotzki, von den „Wperjod“-Leuten des „engen Fraktionsgeistes“ beschul-

dig (welch schöner Undank!), dreht und wendet sich unter Berufung auf die Armut seiner Zeitung und ihr seltenes Erscheinen. Das Spiel ist allzu durchsichtig: wir helfen euch – ihr uns; wir (Trotzki) übergehen den Kampf der parteitreuen Sozialdemokraten gegen die Otsowisten und umgekehrt mit Stillschweigen, wir (Trotzki) helfen, Reklame für den „Wperjod“ zu machen, dagegen solltet ihr (S. W.) nun schon den Liquidatoren Zugeständnisse in der „Petitionskampagne“ machen. Der diplomatische Schutz beider die Partei negierenden Fraktionen – ist das nicht wirkliche Parteiverbundenheit?

Da haben wir einen phrasenhaften Leitartikel unter der schreienden Überschrift „Vorwärts!“. „Klassenbewußte Arbeiter!“ lesen wir hier, „ihr habt augenblicklich keine wichtigere“ (sieh mal einer an!) „und keine allumfassendere“ (er hat sich verhaspelt, der Ärmste) „Losung als die Koalitions-, Versammlungs- und Streikfreiheit.“ „Die Sozialdemokratie“, lesen wir weiter, „ruft das Proletariat zum Kampf für die Republik auf. Damit aber der Kampf für die Republik keine bloße (!!) Losung weniger Auserwählter sei, gilt es, daß ihr, klassenbewußte Arbeiter, die Massen lehrt, auf Grund der Erfahrung die Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit zu begreifen und für diese ureigenste Klassenforderung zu kämpfen.“

Die revolutionäre Phrase dient dazu, die Heuchelei des Liquidatorentums zu bemänteln und zu rechtfertigen und dadurch das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu verkleistern. Warum ist die Losung der Republik eine *bloße* Losung für *wenige*, wenn die Republik doch bedeutet, daß es unmöglich ist, die Duma auseinanderzujagen? – wenn sie Koalitions- und Pressefreiheit bedeutet? – Freiheit der Bauern von Vergewaltigung und Ausplünderung durch die Markow, Romanow, Purischkewitsch? Ist es nicht klar, daß sich die Sache gerade umgekehrt verhält: als „allumfassende“ Losung ist die „Koalitionsfreiheit“ *außerhalb des Zusammenhangs* mit der Losung der Republik eine „bloße“ und sinnlose Losung!

Es ist sinnlos, von der Zarenmonarchie „Koalitionsfreiheit“ zu fordern, wenn man die Massen nicht darüber aufklärt, daß eine solche Freiheit mit dem Zarismus unvereinbar ist, daß es für diese Freiheit der Republik bedarf. Das Einbringen von Gesetzentwürfen über die Koalitionsfreiheit in der Duma, Interpellationen und Reden zu derartigen Themen müssen uns Sozialdemokraten gerade als Anlaß und Material zur Agitation für die Republik dienen.

„Die klassenbewußten Arbeiter müssen die Massen lehren, auf Grund der Erfahrung die Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit zu begreifen!“ Die alte Leier des alten, noch von den „Ökonomen“ abgedroschenen russischen Opportunismus! *Erfahrung* der Massen ist es, wenn die Minister ihre Vereinigungen verbieten, wenn die Gouverneure und Polizisten tagtäglich Gewalttaten verüben – das eben ist wirklich die *Erfahrung der Massen*. Das Herausstreichen der Losung der „Koalitionsfreiheit“ als Gegengewicht zur Republik ist dagegen die Phrase eines opportunistischen Intellektuellen, der den Massen fremd gegenübersteht. Das ist die Phrase eines Intellektuellen, der sich einbildet, die „Erfahrung“ mit der „Petition“ (die 1300 Unterschriften trägt) oder mit einem auf die lange Bank geschobenen Gesetzentwurf sei etwas, was die „Massen“ erzöge. In Wirklichkeit werden sie durch eine andere, lebendige und nicht papierne Erfahrung erzogen, sie werden aufgeklärt durch die Agitation der klassenbewußten Arbeiter eben für die Republik – die einzige im Sinne des politischen Demokratismus allumfassende Losung.

Trotzki weiß ausgezeichnet, daß die Liquidatoren in legalen Publikationen gerade die Losung der „Koalitionsfreiheit“ *verbinden* mit der Losung: Nieder mit der illegalen Partei, nieder mit dem Kampf für die Republik. Die Aufgabe Trotzki's besteht eben darin, das Liquidatorentum zu bemänteln, indem er den Arbeitern Sand in die Augen streut.

Mit Trotzki kann man nicht prinzipiell diskutieren, denn er hat keinerlei feste Anschauungen. Mit überzeugten Liquidatoren und Otsowisten kann und soll man diskutieren, aber mit einem Menschen, der sein Spiel damit treibt, die Fehler sowohl der einen wie der anderen zu bemänteln, diskutiert man nicht, ihn entlarvt man als ... einen Diplomaten aller-niedrigster Sorte.

Mit den Verfassern der in die Nr. 22 der „Prawda“ geratenen Thesen für eine Plattform muß man diskutieren. Ihr Fehler rührt entweder daher, daß sie die Dezemberresolutionen (1908) der SDAPR nicht kennen, oder daher, daß sie sich nicht völlig frei gemacht haben von gewissen Schwankungen im Denken nach Art der Liquidatoren und „Wperjod“-Leute.

Die erste These besagt, das Regime des 3. Juni sei die „faktische unbeschränkte Herrschaft der adligen Gutsbesitzer von feudalem Typ“,

wobei weiterhin darauf hingewiesen wird, daß sie den „autokratisch-bürokratischen Charakter ihrer Herrschaft unter der pseudokonstitutionellen Maske der faktisch rechtlosen Reichsduma verbergen“.

Wenn die Gutsbesitzerduma „faktisch rechtlos ist“ – und das ist richtig –, wie kann dann die Herrschaft der Gutsbesitzer „unbeschränkt“ sein?

Die Verfasser vergessen, daß der Klassencharakter der Zarenmonarchie keineswegs die enorme Unabhängigkeit und Selbständigkeit der zaristischen Macht und „Bürokratie“ – von Nikolaus II. bis zu jedem beliebigen Polizisten – beseitigt. Diesen Fehler – das Vergessen der Selbstherrschaft und der Monarchie, ihre Reduktion *unmittelbar* auf die „reine“ Herrschaft der oberen Klassen – begingen die Otsowisten in den Jahren 1908/1909 (siehe „Proletari“, Beilage zu Nr. 44)¹¹⁹, beging Larin im Jahre 1910, begehen gewisse einzelne Publizisten (z. B. M. Alexandrow)¹²⁰, begehrt der zu den Liquidatoren übergegangene N. R-kow.

In den Dezemberresolutionen (1908) ist gerade eine solche Analyse der Herrschaft der von der Bourgeoisie unterstützten Feudalherren gegeben worden, die diesen angeführten Fehler an der Wurzel packt.

Die zweite These besteht in einem Hinweis auf das Minimalprogramm der SDAPR, wobei vielen Forderungen, wie nach Koalitionsfreiheit und nach Konfiskation des Gutsbesitzerlandes, eine „besonders hervorragende Stelle“ zugewiesen, aber die Republik nicht erwähnt wird. Wir denken, daß das nicht richtig ist. Bei völliger Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit, für die Koalitionsfreiheit zu agitieren, sind wir der Ansicht, daß die Losung der Republik an die erste Stelle gesetzt werden muß.

Die dritte These: „Die Notwendigkeit neuer revolutionärer Aktionen der breiten Volksmassen“, ohne die es nicht möglich ist, unsere Forderungen zu verwirklichen.

Das letztere ist absolut richtig, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Marxisten können sich nicht darauf beschränken, auf die „Notwendigkeit“ neuer Aktionen der Massen hinzuweisen, sie müssen zunächst zeigen, welche Ursachen eine neue revolutionäre Krise hervorrufen (wenn sie sie hervorrufen). Ohne eine solche Krise sind „Aktionen“ – sie sind immer, wenn man so will, „notwendig“! – unmöglich.

Die Verfasser haben die besten revolutionären Absichten, aber in ihrer

gedanklichen Vorstellung gibt es eine gewisse Lücke. In den Dezember-resolutionen (1908) wird die „Notwendigkeit“ neuer Aktionen nicht so einfach, dafür aber richtiger abgeleitet.

Vierte These: „Die Möglichkeit einer solchen neuen revolutionären Aktion der Massen in einer mehr oder minder nahen Zukunft und die schonungslose Kritik . . . der konterrevolutionären Rolle der Bourgeoisie“ usw.

Kritik ist immer notwendig, *unabhängig* von der „Möglichkeit von Aktionen“, selbst in einer Zeit, wo Aktionen der Massen offensichtlich unmöglich sind. Die Kritik an die Möglichkeit von Aktionen binden heißt eine *immer* obligatorische *Linie* des Marxismus mit *einer* der Kampfformen (und zwar einer besonders hohen) verwechseln. Das ist der erste Fehler. Und der zweite ist der, daß man „prahlt, bevor die Schlacht gewonnen ist“: Über die Möglichkeit von Aktionen reden ist zwecklos, man muß die Möglichkeit durch Taten beweisen. In einer Plattform genügt es, den Beginn des Aufschwungs zu vermerken und zu betonen, wie wichtig es ist, für die Aktion der Massen zu agitieren und sie vorzubereiten. Ob es in näherer oder fernerer Zukunft zu Aktionen der Massen kommen wird, das werden die Ereignisse zeigen.

Die fünfte These ist ausgezeichnet, denn sie betont die gewaltige Bedeutung der Reichsduma als Agitationstribüne.

Wir wissen nicht, wer die Verfasser des Flugblatts sind. Aber sollten es russische „Wperjod“-Leute sein (wie man auf Grund gewisser Anzeichen annehmen kann), dann muß man aufs wärmste begrüßen, daß sie sich von einem Fehler der Gruppe „Wperjod“ frei gemacht haben. Solche „Wperjod“-Leute besitzen das Gewissen von Menschen, die zur Partei stehen, denn sie geben eine direkte, klare Antwort auf eine der „brennenden“ Fragen. Die Gruppe „Wperjod“ jedoch täuscht die Partei auf die gewissenloseste Weise, indem sie den Otsowismus verteidigt und deckt und bis heute, bis zum Dezember 1911, keine direkte Antwort auf die Frage nach der Teilnahme an der IV. Duma gegeben hat. Eine solche Gruppe als sozialdemokratisch anerkennen, heißt den Sozialdemokratismus verhöhn.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 25,
8. (21.) Dezember 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.